

# WIE GEFÄHRLICH IST DER ANTISEMITISMUS?

---

ALEX FEUERHERDT – VORTRAG IN NORDHORN, 28. NOVEMBER 2017

## Zum Einstieg

„Wie gefährlich ist der Antisemitismus?“ – so lautet der Titel dieses Vortrags. Nun lässt sich diese Frage ganz gewiss nicht mit Zahlen erschöpfend beantworten, aber es ist dennoch aufschlussreich, einmal den Blick auf eine wissenschaftliche Studie zu richten, die im Juni dieses Jahres erschien, hierzulande jedoch so gut wie gar nicht wahrgenommen wurde. Dabei hat sie Erschreckendes ans Tageslicht befördert. „Antisemitische Gewalt in Europa“ lautet ihr Titel, verantwortlich für sie ist Johannes Enstad von der Universität Oslo in Norwegen. Dokumentiert und analysiert hat Enstad gewalttätige antisemitische Vorfälle, die sich zwischen 2005 und 2015 – also in einem Zeitraum von zehn Jahren – in sieben europäischen Ländern ereignet haben: Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Russland. Enstad stellt fest (**Folie 2**), dass antisemitische Gewalt dort im untersuchten Zeitraum beständig zugenommen hat. Rund zehn Prozent der französischen Juden gäben an, in den vergangenen zwölf Monaten aus antisemitischen Gründen schon einmal physisch angegriffen worden zu sein. In Deutschland und Schweden seien es rund 7,5 Prozent, in Großbritannien rund fünf Prozent. (**Folie 3**)

Außerdem vermeiden es 79 Prozent der in Schweden lebenden Juden manchmal (19 Prozent) oder sogar immer (60 Prozent), Symbole oder Gegenstände zu tragen oder zu zeigen, durch die sie als Juden erkennbar werden könnten, also beispielsweise eine Kippa oder einen Davidstern. In Frankreich liegt dieser Wert bei 74 Prozent (23 Prozent manchmal, 51 Prozent immer), in Deutschland bei 64 Prozent (32 Prozent manchmal, 32 Prozent immer), in Großbritannien bei 59 Prozent (37 Prozent manchmal, 22 Prozent immer). Fast die Hälfte der Juden in Frankreich denkt zudem über eine Auswanderung nach Israel nach, während es in Deutschland 25 Prozent und in Schweden sowie in Großbritannien knapp 20 Prozent der jüdischen Bevölkerung tun. Tatsächlich verließen im Jahr 2015 rund 10.000 Juden Europa – davon kamen fast 8.000 aus Frankreich –, um nach Israel einzuwandern. Nie waren es mehr, seit der jüdische Staat im Jahr 1948 gegründet wurde.

---

In Europa ist nach dem Erstarren von rechtspopulistischen Parteien eine üble Melange entstanden – eine Melange, zu der neben dem klassischen rechten Antisemitismus auch der islamistische Hass gegen Juden und der linke „Antizionismus“ gehören. Französische Juden fühlen sich ihres Lebens nicht mehr sicher, weil sich zur antisemitischen Hetze des Front National die Angriffe von Islamisten gesellen, die immer wieder tödlich enden. Besonders die Ermordung von drei Kindern und einem Rabbi in einer jüdischen Schule in Toulouse im März 2012 und die Ermordung von vier Juden beim Anschlag auf einen koscheren Supermarkt in Paris im Januar 2015 haben das gezeigt. In Großbritannien ist die Zahl der antisemitischen Taten von Islamisten und Rechtsextremisten auf einem Rekordhoch, während gleichzeitig in der Labour Party von Jeremy Corbyn munter gegen den jüdischen Staat gehetzt wird und die antiisraelische Boykottbewegung an den Hochschulen jüdische Studentinnen und Studenten einschüchtert.

Und in Deutschland? Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums 681 antisemitische und antiisraelische Delikte erfasst, also knapp vier Taten am Tag. Das sind vier Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2016. Auch bei antisemitischen Gewaltdelikten ist ein leichter Zuwachs festzustellen. Vielleicht haben Sie es mitbekommen: Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Bochum haben vor einigen Tagen beschlossen, in der Öffentlichkeit keine Kippa mehr zu tragen, weil sie immer wieder Beschimpfungen und Angriffen ausgesetzt sind. Das Problem bei diesen offiziellen Zahlen ist, dass man sich auf sie kaum verlassen kann. Viele Delikte werden gar nicht zur Anzeige gebracht, es gibt eine hohe Dunkelziffer. Opfer von Antisemitismus haben häufig kein Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Weniger als die Hälfte der Fälle wird aufgeklärt, die meisten Verfahren werden nach einigen Wochen eingestellt. Wenn es konkrete Tatverdächtige gibt und ein Strafverfahren zustande kommt, müssen Opfer antisemitischer Straftaten befürchten, dass ihre persönlichen Daten im Zuge des Verfahrens den Tätern in die Hände fallen. Dadurch könnten sie erneut zur Zielscheibe werden. In aller Regel können sie nicht auf Schutz durch den Staat hoffen.

Die Fälle, die in die Statistik eingehen, wecken ebenfalls nicht gerade Vertrauen in die Kompetenz des Staates. Wenn etwa „Juden raus“ oder ein Hakenkreuz an eine Synagoge gesprüht wird, taucht die Tat, sofern nichts anderes bekannt ist, in der Statistik als politisch motivierte Kriminalität von rechts auf. Dass nicht nur Rechte eine solche Tat begangen haben könnten, sondern etwa auch Islamisten, kommt den Behörden nicht in den Sinn. Der erwähnte

norwegische Wissenschaftler Johannes Enstad hat deshalb ein „Kategorisierungsproblem“ festgestellt. Enstad kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass antisemitische Gewalt in allen untersuchten europäischen Ländern vor allem von Muslimen verübt wird, mit Ausnahme von Russland, wo Rechtsextremisten das Gros der Täter stellen. Diese Tatsache müsste Auswirkungen auf die Bekämpfung des Antisemitismus haben, aber das ist bislang kaum der Fall.

Auch abseits von Straftaten zeigt sich eine alarmierende Entwicklung, wie sie vor allem in Erhebungen zu antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung deutlich wird. Im Mai dieses Jahres wurde im Deutschen Bundestag der zweite Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus vorgestellt (den ersten gab es im Jahr 2011). In diesem Bericht wurden auch die Ergebnisse von Befragungen zu antisemitischen Topoi vorgestellt. Dabei wurde unterschieden zwischen dem klassischen Antisemitismus, dem sekundären Antisemitismus und dem israelbezogenen Antisemitismus. **(Folie 4)**

*Klassischer Antisemitismus:*

- Zehn Prozent stimmen der Aussage zu: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.“ Weitere 21 Prozent stimmen ihr zumindest teilweise zu.
- Neun Prozent stimmen der Aussage zu: „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.“ Weitere 19 Prozent stimmen ihr zumindest teilweise zu.

*Sekundärer Antisemitismus (zentrale Grundlage des sekundären Antisemitismus ist die Unterstellung, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit der massenhaften Ermordung der Juden im Nationalsozialismus nur der Diffamierung der nationalen Identität der Deutschen, der Gewährung von Wiedergutmachungszahlungen an Israel und der Legitimation der israelischen Politik im Nahen Osten diene; es handelt sich also um einen Antisemitismus nach Auschwitz):*

- 26 Prozent stimmen der Aussage zu: „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.“
- 55 Prozent stimmen der Aussage zu: „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.“

*Israelbezogener Antisemitismus:*

Was nun den dritten Bereich betrifft, den israelbezogenen Antisemitismus, möchte ich kurz ausholen und einen Blick auf Zahlen werfen, die sich teilweise in den Jahren vor dem aktuellen Antisemitismusbericht ergeben haben. Denn schon länger erhitzen sich die Gemüter bei kaum einem Thema so sehr wie bei Diskussionen über Israel. Mag es derzeit auch mehrere Dutzend Kriege und militärische Auseinandersetzungen auf der Welt geben, die teilweise schon seit Jahrzehnten andauern und Abertausende von Todesopfern gefordert haben – kein anderer bewaffneter Konflikt steht so oft und so stark im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit wie der zwischen dem jüdischen Staat und den arabischen Staaten respektive den Palästinensern. Und was dabei die Sicht auf Israel betrifft, ist die Übereinstimmung hierzulande seit vielen Jahren groß (**Folie 5**). Eine Umfrage der EU-Kommission aus dem Jahr 2003 beispielsweise ergab, dass 65 Prozent der Deutschen Israel für „die größte Gefahr für den Weltfrieden“ halten. Im Sommer 2007 fand die BBC heraus, dass sich 77 Prozent der Deutschen eindeutig negativ gegenüber Israel positionieren (auf ähnlich hohe Werte kamen seinerzeit nur die Befragten im Libanon und in Ägypten). Unlängst meinten 24 Prozent in einer Erhebung der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“ 40 Prozent sind laut einer weiteren Erhebung dieser Stiftung der Meinung, Israel führe „einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“, verhalte sich also wie die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg in Osteuropa.

Seit Jahren schon ist in Politik und Medien zu hören und zu lesen, in Deutschland gebe es etwa 20 Prozent latente oder manifeste Antisemiten. Einmal abgesehen davon, dass auch das schon eine ganze Menge ist, weisen die soeben vorgestellten Zahlen auf einen deutlich höheren Wert hin. Von 20 Prozent kann man nur ausgehen, wenn man die Definition des Antisemitismus sehr eng fasst, also vor allem am klassischen Judenhass orientiert. Sobald man den sekundären und den israelbezogenen Antisemitismus hinzunimmt, ist dieser Wert nicht mehr zu halten. Der Antisemitismusbericht der Expertenkommission stellt dann auch fest, dass rund 40 Prozent der Bevölkerung Positionen teilt, die sich als israelbezogener Antisemitismus klassifizieren lassen. (**Folie 6 – Vortragstitel**)

Auf diesen israelbezogenen Antisemitismus möchte ich heute Abend einen Schwerpunkt legen. Denn er erfreut sich einer großen Verbreitung und einer geradezu unheimlichen Popularität, wie schon die Zustimmungsquoten von 40 Prozent zeigen. Der israelbezogene

Antisemitismus bietet die Möglichkeit einer *Umwegkommunikation*, wie die Sprachwissenschaftlerin Monika Schwarz-Friesel es nennt. Man könnte es in aller Kürze so formulieren: Nach Auschwitz zieht man nicht mehr über „den Juden“ her, sondern ersatzweise – also über einen Umweg – über den Judenstaat, der, wie der Historiker Léon Poliakov es einmal formuliert hat, gewissermaßen der „Jude unter den Staaten“ ist und als solcher behandelt wird. Wichtig ist dabei: Als israelbezogener Antisemitismus wird natürlich nicht jede Kritik an konkreten Maßnahmen der israelischen Regierung eingestuft. Es geht bei ihm vielmehr um eine generelle Ablehnung des jüdischen Staates, es geht um Äußerungen und Handlungen, mit denen Israel dämonisiert und delegitimiert wird und bei denen an das Land andere Maßstäbe angelegt werden als an andere Länder. Das ist beispielsweise bei Aussagen wie den schon zitierten der Fall, also etwa, wenn Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland verglichen, genauer gesagt: gleichgesetzt wird. Dass diese Ablehnung als Kritik daherkommt, als „Israelkritik“ nämlich, und dass diejenigen, die sie vertreten, stets beteuern, mit Antisemitismus habe das nichts zu tun, soll hier selbstverständlich nicht unterschlagen werden. Es geht mir darum zu prüfen, inwieweit diese Beteuerung auch zutrifft und wo die Grenzen zu ziehen sind. Dabei komme ich um die Berichterstattung der Medien über Israel nicht herum, denn diese ist zentral für das Verständnis der Beliebtheit und Verbreitung der „Israelkritik“.

### **„Israelkritik“ in den Medien**

Beginnen möchte ich mit etwas aus dem Juli 2013 (**Folie 7**), das die *Süddeutsche Zeitung* betrifft. Dort erschien in der Rubrik „Das politische Buch“ ein Beitrag, der die Überschrift „Der Niedergang des liberalen Zionismus“ trug und sich mit zwei Publikationen zum jüdischen Staat befasste: „Die amerikanischen Juden und Israel. Was falsch läuft“ von Peter Beinart und „Staatsraison? Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet“ von Werner Sonne.

Die Rezension selbst war dabei noch nichts, was in Bezug auf die Thematik ungewöhnlich für diese Zeitung gewesen wäre. Der Verfasser fragte rhetorisch: „Welchen Charakter hat dieses Israel heute, für dessen Bestand die Bundesrepublik seit mehr als einem halben Jahrhundert Milliardensummen ausgibt?“ – und ließ den amerikanischen Politikwissenschaftler Beinart sowie den früheren ARD-Korrespondenten Sonne die Antwort geben: An die Stelle „jüdischer Ohnmacht“ sei „jüdische Macht“ und vor allem deren „Missbrauch“ getreten,

weshalb die Juden mit sich „ins Gericht gehen“ sollten, statt weiterhin eine „großisraelische Versuchung“ zu unterstützen und dafür auch noch Hilfe aus Deutschland in Anspruch zu nehmen. „Wie im Verhältnis amerikanischer Juden zu Israel könnte auch im Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel etwas ‚falsch laufen‘“, beschloss der Rezensent in eigenen Worten seinen Text – und dass dieser Satz nicht nur die Forderung nach einem Ende der finanziellen und militärischen Unterstützung Israels einschloss, sondern ein Plädoyer für noch drastischere Maßnahmen war, war bereits zuvor so klar geworden, dass es nun gar nicht mehr ausgesprochen werden musste.

Was den Beitrag in besonderem Maße unappetitlich werden ließ, war seine Bebilderung, genauer gesagt: die Kombination aus Bild und Bildunterzeile in Verbindung mit der Überschrift. Das Bild ist eine Schöpfung des Künstlers Ernst Kahl, die ein mit großen, spitzen Ohren, breitem Maul, Raffzähnen und Hörnern ausgestattetes, dämonenartiges Wesen zeigt, das Messer und Gabel in den Pranken hält und finsternen Blickes darauf wartet, dass ihm das Essen an das Bett gebracht wird, in dem es liegt. Vor diesem Wesen steht eine Frau mit einem gedeckten Tablett und umgebundener Schürze, offenbar eine Art Hauswirtschafterin des Dämons. In der Bildunterzeile heißt es (**Folie 8**): „Deutschland serviert. Seit Jahrzehnten wird Israel, teils umsonst, mit Waffen versorgt. Israels Feinde halten das Land für einen gefräßigen Moloch. Peter Beinart beklagt, dass es dazu gekommen ist.“ So sieht er also aus, der „Niedergang des liberalen Zionismus“. Ernst Kahl hatte das Bild vor vielen Jahren für die Zeitschrift *Der Feinschmecker* angefertigt, in einem völlig anderen Zusammenhang, ohne jeden Bezug zum jüdischen Staat. Die *Süddeutsche Zeitung* jedoch verwandelte es durch die entsprechende Kontextualisierung und die Bildunterschrift in eine Karikatur ganz anderen Stils; zu sehen war jetzt, wie Henryk M. Broder schrieb, „der hässliche, gefräßige Jude, ein Moloch in Menschengestalt, der im Begriff ist, sich die Welt einzuverleiben“. Israel wurde also buchstäblich dämonisiert.

Franziska Augstein, die Verantwortliche für die SZ-Rubrik „Das politische Buch“, sah das gleichwohl anders; sie glaubte, dass die Bildunterschrift gerade *nicht* dafür sorgt, dass Kahls Bild antisemitisch aufgeladen wird. Doch da irrte sie gründlich. Schon die ersten beiden Sätze – „Deutschland serviert. Seit Jahrzehnten wird Israel, teils umsonst, mit Waffen versorgt“ – erinnerten frappierend an eine Aussage, die Augsteins Halbbruder verdientermaßen einen Platz in den „2012 Top Ten Anti-Semitic/Anti-Israel Slurs“ des Simon Wiesenthal Centers eingebracht hatte. „Wenn Jerusalem anruft, beugt sich Berlin dessen Willen“, hatte Jakob

---

Augstein in seinem von *Spiegel Online* veröffentlichten Beitrag mit dem Titel „Die deutsche Atom-Lüge“ geschrieben und damit die alte Mär von den Juden wiedergekaut, die sich die Welt und insbesondere die Deutschen untertan machen. In Kahls Bild wird „Deutschland“, so legte es die SZ nahe, durch die Dienerin des Teufels verkörpert.

Die anderen beiden Sätze in der Bildunterzeile hatten es ebenfalls in sich. „Israels Feinde halten das Land für einen gefräßigen Moloch“, hieß es dort weiter – und einmal abgesehen davon, dass diese Feinde „solche ehrenwerten Sozietäten wie die Hamas, die Hisbollah und die iranischen Mullahs“ sind, wie Henryk Broder hervorhob, war es gerade das zweckentfremdete, markant platzierte, einen gefräßigen Moloch zeigende Bild, mit dem die SZ erstens suggerierte, dass Israels Feinde Recht haben, und sich zweitens dezidiert in die Phalanx dieser Feinde einreihete. „Peter Beinart beklagt, dass es dazu gekommen ist“, lautete der letzte Satz der Unterzeile – und weil Beinart nicht die Feinde kritisierte, sondern Israel, sagte dieser Satz nichts anderes aus, als dass der jüdische Staat selbst schuld am Judenhass ist. Noch so eine alte antisemitische Legende, mit der die Antisemiten Notwehr geltend machen zu können glauben.

Ein anderes Beispiel (**Folie 9**) entstammt der Feder des populären Karikaturisten Horst Haitzinger und erschien vor knapp vier Jahren unter anderem in der *Badischen Zeitung*. Der Cartoon zeigt den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, der telefonisch Ungeziefervernichtungsmittel bestellt, um damit den Frieden – hier symbolisiert durch ein Zwitterwesen aus Taube und Schnecke – zu vergiften, bevor er im Zuge der Atomverhandlungen zwischen den fünf Vetomächten plus Deutschland und dem Iran zum Tragen kommen kann. Zunächst einmal ist die Zeichnung sachlich falsch, denn Netanjahu wollte keineswegs ein Abkommen torpedieren. Er hatte lediglich dazu aufgerufen, die Sanktionen nicht zu lockern, ohne dass der Iran wesentliche Zugeständnisse in der Frage der Urananreicherung und Plutoniumherstellung macht. Das ist für Israel bekanntlich eine existenzielle Frage, nachdem die Verantwortlichen des iranischen Regimes ungezählte Male deutlich gemacht hatten, dass sie den jüdischen Staat am liebsten von der Landkarte getilgt sähen.

Aber die Karikatur ist nicht nur falsch, sondern auch antisemitisch, denn sie stellt einen Sachverhalt nicht bloß verkehrt dar, sondern verzerrt ihn auch noch böse. Sie macht den israelischen Premierminister für etwas verantwortlich, wofür er gar nichts kann, schließlich saß die israelische Regierung in Genf nicht mit am Verhandlungstisch. Sie unterstellt ihm,

---

nicht nur diese Verhandlungen sabotieren, sondern gleich den Frieden als solchen vergiften zu wollen (wobei auch noch unklar bleibt, über welche dunklen Kanäle Netanjahu die vernichtenden Substanzen bezieht). Hier taucht es wieder auf, das alte antisemitische Klischee vom Juden als im Verborgenen wirkenden Giftmischer, der an allem schuld ist und die Völker gegeneinander in den Krieg hetzt. Es ist ein Klischee, das sich als kultureller Code im kollektiven Gedächtnis festgesetzt hat und dort deshalb immer wieder abgerufen werden kann. Dass der Cartoon auch noch am 9. November erschien, dem Jahrestag der *Reichspogromnacht*, setzte dem Ganzen die Krone auf.

Ein nicht unähnlicher Cartoon war bereits Anfang August 2013 in der *Stuttgarter Zeitung* erschienen (**Folie 10**). Auch hier wurde Netanjahu als jemand dargestellt, der den Frieden – wiederum verkörpert durch eine Taube – vergiftet, nämlich durch den Bau von Siedlungen. Und auch hier gab es – wie schon bei der Zeichnung von Ernst Kahl in der *Süddeutschen Zeitung* – eine dreiste Zweckentfremdung, nämlich in Form der Bildunterzeile, die aus einem Zitat des im November 2011 verstorbenen Dichters, Sängers und Komponisten Georg Kreisler bestand. „Geh’n mer Tauben vergiften im Park“, stand dort zu lesen, und das brachte dem Blatt eine Beschwerde von Kreislers Tochter Sandra ein. Sie schrieb an die Zeitung: „Wie kann man nur eine Zeichnung veröffentlichen, die den Namen und die Arbeit meines Vaters in Zusammenhang mit einer Meinung stellt, die erstens deutlich *nicht* die seine war, zweitens *keinerlei* Verbindung mit dem zitierten Lied hat und drittens rein inhaltlich ebenso antisemitisch wie inhaltlich falsch ist. [...] Es ist eine Schande, derart auf dem Grabe meines Vaters zu tanzen.“

Das sind natürlich nur einige Beispiele für „Israelkritik“ in den Medien – aber sie sind in vielerlei Hinsicht symptomatisch. Nehmen Sie beispielsweise den verstorbenen Literaturnobelpreisträger Günter Grass (**Folie 11 – I**) und seine zuerst in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlichte Behauptung „Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden“. Das war nichts anderes als eine modernisierte, weil nicht mehr auf die Juden, sondern ihren Staat als Kollektivsubjekt zielende Variante des Satzes von Heinrich von Treitschke, „Die Juden sind unser Unglück“. Grass habe „es auf sich genommen, diesen Satz *für uns alle* auszusprechen“, schrieb Jakob Augstein (**Folie 11 – II**) auf *Spiegel Online* – und lieferte damit auch ein anschauliches Beispiel dafür, welches Moment der Erlösung dem Antisemitismus innewohnt, einer Erlösung von der „Dauerpräsentation unserer Schande“, wie es Augsteins leiblicher Vater Martin Walser formulieren würde. Die „Regierung Netanjahu“

führe „die ganze Welt am Gängelband eines anschwellenden Kriegsgesangs“, tat Augstein in einem weiteren Beitrag kund, und sie tue es „mit der ganzen Rückendeckung aus den USA, wo ein Präsident sich vor den Wahlen immer noch die Unterstützung der jüdischen Lobbygruppen sichern muss, und aus Deutschland, wo Geschichtsbewältigung inzwischen eine militärische Komponente hat“. Der Judenstaat, heißt das, treibt den Planeten in den Untergang und bedient sich dabei seiner Gewährsleute im Land der einzig verbliebenen Weltmacht; außerdem schlägt er noch aus dem Holocaust seinen Profit, indem er das schlechte Gewissen der Deutschen für seine sinistren Zwecke ausnutzt. Jedes Wort eine antisemitische Lüge, jeder Satz pure Ideologie – doch das deutsche Feuilleton stellte sich schützend vor Augstein, als das Simon Wiesenthal Center seine Äußerungen mit einem Platz in den erwähnten „2012 Top Ten Anti-Semitic/Anti-Israel Slurs“ belohnte. Die apokalyptische Variante hat Augstein übrigens ebenso im Repertoire, in Verbindung mit dem NS-Vergleich und der altbekannten Mär, die Juden seien am Antisemitismus doch selbst schuld: „Gaza ist ein Ort aus der Endzeit des Menschlichen. 1,7 Millionen Menschen hausen da, zusammengepfercht auf 360 Quadratkilometern. Gaza ist ein Gefängnis. Ein Lager. Israel brütet sich dort seine eigenen Gegner aus.“

### **Die „Operation Schutzlinie“ und die Reaktionen hierzulande**

Diese Gegner haben allerdings in ihrer Charta sehr deutlich gemacht, dass es keineswegs darum geht, was Israel tut oder unterlässt, sondern darum, dass der jüdische Staat überhaupt existiert. Die Hamas will ihn vernichten, und nicht nur ihn, sondern *alle Juden*. Dass ihre Waffen dafür vorerst nicht reichen, sagt nichts über ihre Absichten aus, und sie wären auch so todbringend, wenn Israel nicht für umfangreiche Schutzmaßnahmen gesorgt hätte:

Frühwarnsysteme, Schutzräume, Raketenabwehrsysteme. Ende Juni, Anfang Juli 2014 intensivierte die Hamas mal wieder ihren Raketenbeschuss, Israel reagierte darauf mit der „Operation Schutzlinie“. Es dauerte nicht lange, da kam es hierzulande zu antiisraelischen Aufmärschen, deren Teilnehmer es vielfach nicht bei verbalen Angriffen in Form von Hasstiraden beließen, sondern auch tätlich wurden. **(Folie 12)**

„Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, riefen beispielsweise mehrere Dutzend Teilnehmer einer antiisraelischen Demonstration in Berlin. Ein Ehepaar aus Jerusalem, das vor den Raketen der Hamas in die deutsche Hauptstadt geflüchtet war und dort

zufällig den Weg einer weiteren israelfeindlichen Manifestation kreuzte, wurde von Demonstranten massiv bedroht: Als diese den Kippa tragenden Israeli sahen, riefen sie Parolen wie „Nazimörder Israel!“, „Scheißjuden, wir kriegen euch!“ und „Wir bringen euch um!“, außerdem versuchten sie, den Mann und seine Ehefrau körperlich zu attackieren. In Gelsenkirchen brüllten antiisraelische Demonstranten „ Hamas, Hamas, Juden ins Gas!“, in Essen belagerten sie eine proisraelische Kundgebung und riefen unter anderem „Judenschweine“ und „Adolf Hitler“, in Hannover wurde ein Mann, der eine Israelflagge gezeigt hatte, tätlich angegriffen, in Bremen versuchten Teilnehmer einer Kundgebung gegen Israel, einem Journalisten die Kamera zu entreißen, und prügeln einen Passanten ins Koma, der dem Journalisten zu Hilfe kommen wollte. Mehrere jüdische Einrichtungen wurden mit antisemitischen Parolen beschmiert. Auf die Synagoge in Wuppertal gab es gar einen versuchten Brandanschlag. Verübt wurde er von drei palästinensischen Männern, das Urteil wurde Anfang Februar 2015 vom Wuppertaler Amtsgericht gesprochen. Die Täter erhielten eine Bewährungsstrafe, und der Richter tat kund, es gebe keine Anhaltspunkte für eine antisemitische Tat; die Männer hätten mit ihrer Tat vor allem die Aufmerksamkeit auf den Gaza-Konflikt lenken wollen. Ein Brandanschlag auf eine Synagoge kann also durchaus praktizierte „Israelkritik“ sein, das ist jedenfalls von einem deutschen Gericht festgestellt worden.

In den öffentlich-rechtlichen Medien schlug derweil wieder einmal die Stunde der „Israelkritiker“, sowohl der redaktionsinternen wie auch der externen, die seit Jahren immer dieselben sind. Michael Lüders beispielweise – ein Lobbyist, der sich selbst „Politik- und Wirtschaftsberater“ nennt und auf seiner Homepage für seine „Vorträge über Investitionsmöglichkeiten in der arabischen Welt“ wirbt – Michael Lüders also behauptete im *Heute-Journal* des ZDF, Israel führe einen „Krieg gegen Zivilisten“, und sprach im *Deutschlandfunk* von einem „inszenierten Krieg“ des jüdischen Staates. Jürgen Todenhöfer – ein früherer CDU-Politiker, der für besonders authentisch gehalten wird, weil er sich mal durch einen Tunnel in den Gazastreifen schleusen lassen hat –, Jürgen Todenhöfer also bezeichnete Israel in der Talksendung „Anne Will“ als „europäische Kolonie auf arabischem Boden“, warf dem jüdischen Staat eine „Bombardierungsorgie“ sowie „Kriegsverbrechen“ vor, rückte ihn in die Nähe von Apartheidregimen und unterstellte ihm, absichtlich Minderjährige zu töten. Wurde ein jüdischer Kronzeuge für die Anklage gegen Israel und die Verharmlosung der antisemitischen Demonstrationen gebraucht, griffen verschiedene Sender

---

bevorzugt auf Rolf Verleger zurück, ein ehemaliges Direktoriums-Mitglied im Zentralrat der Juden. Im *Mittagsmagazin* des ZDF etwa nannte Verleger die „Operation Schutzlinie“ ein „zu verurteilendes Massaker“, im *Deutschlandfunk* behauptete er allen Ernstes, mit einer Verteidigung des israelischen Vorgehens und der Kritik an den Demonstrationen fordere man „antisemitischen Parolen geradezu heraus“. Keine Verteufelung Israels war zu dreist, um nicht in den gebührenfinanzierten Sendern als Expertise gehandelt zu werden.

Abseits solcher Kommentare, in der täglichen Berichterstattung über den Krieg, rückten die Medien rasch immer stärker das Ungleichgewicht bei den Opferzahlen und die damit verbundene vermeintliche Unverhältnismäßigkeit der israelischen Maßnahmen in den Mittelpunkt. Auffällig war und ist dabei, dass sich fast jeder, der Israel Unverhältnismäßigkeit vorwirft, um eine Antwort auf die Frage drückt, wie denn eine verhältnismäßige Reaktion auf die Angriffe der Hamas auszusehen hätte. Ganz egal, ob Israel nun Luftschläge ausführt, Bodentruppen entsendet, Hamas-Funktionäre gezielt ausschaltet oder auch nur eine Blockade verhängt, um die Einfuhr von Kriegsgütern zu verhindern – stets lautet der Vorwurf, es verübe Massaker, begehe Kriegsverbrechen, verhängte Kollektivstrafen, eskaliere die Situation oder verwandle den Gazastreifen in das größte Freiluftgefängnis der Welt. In der Theorie versäumt es zwar kaum jemand, dem jüdischen Staat großzügig ein Recht auf Selbstverteidigung zuzubilligen. In der Praxis jedoch läuft die Kritik an der vermeintlichen Unverhältnismäßigkeit der israelischen Maßnahmen darauf hinaus, dass das Land sich eigentlich überhaupt nicht verteidigen soll.

Der Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch wertete im Sommer 2014 eine Woche lang die Schlagzeilen jener Medienbeiträge aus, die sich während des Gaza-Krieges mit Kampfhandlungen beschäftigten. In einer Vielzahl von Fällen werde Israel als Angreifer dargestellt, der Hamas dagegen nur ausnahmsweise wenigstens eine Mitverantwortung zugeschrieben, schrieb er in der *Jüdischen Allgemeinen*. Es gebe eine „systematische Asymmetrie in der Darstellung der Akteure“ zulasten Israels, urteilte Stefanowitsch. Der jüdische Staat (respektive seine Armee) werde überaus häufig als Verantwortlicher für eine Eskalation gezeichnet, als Selbstverteidigung seien seine Handlungen in den Überschriften der untersuchten Beiträge dagegen kein einziges Mal bewertet worden. Es ist eine eklatante Verdrehung von Ursache und Wirkung. Und wenn der jüdische Staat einmal nicht direkt zum Täter gestempelt wird, ergehen sich viele Medien gerne in einer Äquidistanz, das heißt: Sie verbreiten die Ansicht, „beide Seiten“ seien gleichermaßen schuld an einem Vorfall oder einer

Entwicklung. Damit wird der demokratische Staat Israel auf die gleiche Stufe gestellt wie die Terrororganisation Hamas.

### **Die „Messer-Intifada“ in den deutschen Medien**

Genau das war auch in der Berichterstattung über die „Messer-Intifada“ zu beobachten, die im Oktober 2015 begann, Israel monatelang in Atem hielt und im Grunde genommen bis heute schwelt. **(Folie 13)** Was also begann vor zwei Jahren, und wie wurde es medial reflektiert? Vielerorts hatten sich meist junge Palästinenser (und israelische Araber) aufgemacht, um wahllos Juden zu töten, zumeist mit Schneidewerkzeugen, Macheten oder Hackebeilen. Kein jüdischer Israeli konnte sich vor ihnen sicher fühlen. Doch in den Medien verschwammen Täter und Opfer häufig zur Unkenntlichkeit. „Gewalt in Nahost eskaliert“ (*tagesschau.de*), „Eskalation der Gewalt im Nahen Osten“ (*FAZ.net* und *Zeit Online*), „Welle der Gewalt in Nahost ebbt nicht ab“ (*Berliner Morgenpost*) oder „Die Spirale der Gewalt dreht sich immer schneller“ (*stern.de*) – so lauteten typische Überschriften, die suggerierten, dass es hier nicht Angreifer und Angegriffene gibt, sondern irgendwie „beide Seiten“ gleichermaßen schuld sind und sich gegenseitig aufschaukeln.

Bisweilen war sogar noch Befremdlicheres zu lesen, etwa, wenn *Zeit Online* behauptete: „Messer, Schraubenzieher, Gemüseschäler: Mit den einfachsten Mitteln gehen Palästinenser und Israelis seit Tagen aufeinander los“ – so, als hätte landauf, landab auch israelische Juden ihre Stichwerkzeuge gezückt, um sie in Selbstjustiz gegen arglose Menschen zu richten. Oder wenn der jüdische Staat sogar zum eigentlichen Schuldigen gemacht wurde, wie beispielsweise in einem Beitrag von *Spiegel Online*, in dem es hieß: „Israel reagiert auf die zunehmenden Attacken zumeist junger oder jugendlicher Palästinenser, die mit Steinen oder Messern bewaffnet sind, mit scharfen Polizeikontrollen und militärischem Druck. Gut ausgebildete Soldaten und Polizeikräfte gegen Teenager mit Küchenmessern und selbst gebauten Brandsätzen – es ist eine Spirale der Gewalt mit ungleich verteilten Mitteln.“ Mit anderen Worten: Hier die hochgerüstete israelische Armee, dort die minderjährigen Palästinenser mit ihrem eigentlich harmlosen Instrumentarium – da weiß man sofort, wem die Antipathie zu gelten hat und wer die ominöse „Gewaltspirale“ in erster Linie befördert. Dass es gerade die völlige Wahllosigkeit war – zeitlich, örtlich und in Bezug auf die Opfer –, die die palästinensischen Angriffe so unvorhersehbar und damit unverhinderbar machte, und dass es sich um eine Form von antisemitischem Bluttausch handelte, dem mit polizeilichen oder militärischen Mitteln kaum beizukommen war, wurde geflissentlich unterschlagen.

---

Matti Friedman, ein ehemaliger Korrespondent der Nachrichtenagentur *Associated Press*, hat in einem Beitrag einmal das dahinter stehende Prinzip deutlich gemacht (**Folie 14**): „100 neue Häuser in einer jüdischen Siedlung sind eine Story für die Presse. 100 nach Gaza geschmuggelte Raketen nicht. Vandalismus gegen palästinensisches Eigentum durch israelische Rowdies ist eine Geschichte. Neonazistische Aufmärsche an palästinensischen Universitäten oder in palästinensischen Städten sind es nicht. Jüdischer Hass gegen Araber ist berichtenswert. Arabischer Hass gegen Juden nicht. [...] Die internationale Presse in Israel ist weniger Beobachter des Konflikts als vielmehr Partei. Statt die Ereignisse zu erklären, verlegt sie sich auf eine Art politischen Rufmord im Dienst der Seite, deren Sache sie für gerecht hält. Es herrscht eine Art ideologische Gleichförmigkeit.“

Und wenn sich der arabische Antisemitismus derart heftig austobt, dass er nicht einfach vernachlässigt oder übergangen werden kann, unternimmt so mancher Medienberichterstatte eben den Versuch, ihn wegzudefinieren. (**Folie 15**) So wie Christian Wagner vom ARD-Hörfunkstudio in Tel Aviv. „Für die Frage nach den Motiven der Attentäter ist kein Platz“, rügte er in einem seiner Beiträge. „Bei Terror steht in Israel fest: Es ist Hass auf Juden.“ Nur dass die Messerstecher, Steinewerfer und Todesschützen aus ihren Motiven selbst gar keinen Hehl machten und daher auch keine diesbezüglichen Fragen offenließen. Der Schlachtruf „Itbah al Yahud“ („Schlachtet die Juden“) etwa gehörte bei den Attacken fest zum Repertoire der Täter. Und auf ihren Facebookseiten schrieben die Angreifer, sie seien darauf vorbereitet oder sogar glücklich darüber, für das Töten von Juden als „Märtyrer“ zu sterben. In einem weiteren öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrag fragte Wagner verständnisinnig: „Wie groß müssen Wut und Verzweiflung eines 20-Jährigen sein, wenn er zu einer solchen Tat bereit ist und damit sein eigenes Leben wegwirft?“ Damit billigte er dem irrationalen Judenhass nicht nur rationale Gründe zu, er machte die Täter auch zu Opfern, die für ihr Handeln nicht verantwortlich zu machen sind, ja, die gar nicht anders können, als Juden anzugreifen. Die Möglichkeit, sich ganz bewusst und aus tiefer antisemitischer Überzeugung für Mordanschläge auf Juden zu entscheiden, scheint für den ARD-Mann nicht zu existieren.

Dabei liegt diese Möglichkeit in den palästinensischen Gebieten erheblich näher als alle anderen Erklärungsansätze, zumal dort die Indoktrination durch antisemitische Schulbücher, Hasspredigten in den Moscheen, jüdenfeindliche Fernsehserien, islamistische Organisationen und die unendliche Hetze im Internet gewaltig ist. Auch der angeblich so moderate Mahmud Abbas trägt zu diesem Hass bei, etwa, wenn er im offiziellen Fernsehsender seiner Behörde

sagt: „Die Aksa-Moschee gehört uns, und die Juden haben kein Recht, sie mit ihren dreckigen Füßen zu schänden. Wir segnen jeden Tropfen Blut, der für Jerusalem vergossen worden ist, denn es ist echtes, reines Blut, das für Allah vergossen wurde. Jeder Märtyrer wird ins Paradies kommen, und jeder Verwundete wird von Allah belohnt werden.“

### Die Tempelberg-Krise in deutschen Medien

Die Muster in der medialen Berichterstattung über Israel kehren immer wieder, beispielsweise im Juli dieses Jahres anlässlich der Geschehnisse am Tempelberg. **(Folie 16)** Dort erschossen drei muslimische Männer aus einem Hinterhalt zwei israelische Polizisten und flohen anschließend. Die Polizei nahm die Verfolgung auf und erschoss zwei der Täter. Der dritte wurde im Zuge seiner Festnahme zu Boden gebracht, sprang jedoch plötzlich auf und griff mit einem Messer erneut an. Daraufhin erschossen die Polizisten auch ihn. Auf *tagesschau.de* lautete die Headline einer frühen Meldung zu den Ereignissen: „Polizei erschießt Angreifer am Tempelberg“. Eine spätere Nachricht war mit „Tote bei Schießerei auf Tempelberg“ überschrieben. Im erstgenannten Fall – „Polizei erschießt Angreifer am Tempelberg“ – blieb offen, wer die Angreifer sind, wen sie angegriffen haben und welche tödlichen Folgen ihr Angriff hatte. Als handelndes, Menschenleben forderndes Subjekt mit Nachrichtenwert erschienen hier ausschließlich die israelischen Polizisten. Im anderen Fall verschwammen Täter und Opfer zu „Toten“ einer „Schießerei“ – so, als handelte es sich um rivalisierende, wild herumballernde Banden und als wären Angreifer und Angegriffene nicht eindeutig zu benennen gewesen.

Das ZDF verwendete auf Twitter ebenfalls das unzutreffende, äquidistante Wort „Schießerei“ und konterkarierte damit seine zuvor getroffene Feststellung, dass es ein Attentat gab (auf wen, blieb wiederum im Dunkeln). Dass drei Angreifer getötet wurden, fand vorrangige Erwähnung, erst danach hieß es: „Auch zwei Polizisten starben.“ Das Wort „auch“ unterstrich dabei die vermeintliche Nachrangigkeit, die in völligem Gegensatz zum Tathergang stand. Zudem blieb offen, wie die Polizisten eigentlich ums Leben kamen: War es Altersschwäche? Ein Querschläger? Friendly Fire? Oder vielleicht doch ein gezielter Mordanschlag?

Die *taz* schlagzeilte: „Tempelberg in Jerusalem: Mehrere Tote bei Anschlag“. Täter und Opfer wurden auch hier unterschiedslos zu „Toten“, wer angegriffen hatte und wer angegriffen wurde, das wurde nicht gesagt – so, als wäre das nicht der Rede wert. Die *Deutsche Presse-*

---

*Agentur* wiederum verfasste eine Meldung, deren Überschrift von vielen Medien, die sie veröffentlichten, allenfalls geringfügig modifiziert wurde: „Israelische Polizisten erschießen drei Attentäter“ (*FAZ.net*) oder „Polizisten erschießen drei Attentäter auf Tempelberg“ (*Handelsblatt*, *Berliner Morgenpost* und andere) lautete sie. Auch hier wurden mithin die Kollegen der Ermordeten als diejenigen, die Menschen getötet haben, in den Mittelpunkt gerückt. Das Hauptinteresse galt also nicht dem mörderischen Anschlag auf die Polizisten, sondern der Reaktion der Polizei.

Und damit war die Geschichte noch nicht zu Ende. Jeder Staat würde nach einem Ereignis wie dem am Tempelberg selbstverständlich geeignete Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass so etwas noch einmal passiert. Metalldetektoren sind eine solche geeignete Maßnahme, zumal sie niemanden übermäßig einschränken. Am Tempelberg aber reagierten die Palästinenser auf sie mit Ausschreitungen, die Tote und Verletzte zur Folge hatten. Und das fanden manche großen deutschen Medien nicht etwa abwegig, sondern im Gegenteil durchaus nachvollziehbar. So schrieb zum Beispiel die FAZ: „Die Palästinenser fürchten, dass Israel durch die veränderten Sicherheitskontrollen Muslimen den Zugang zur Al-Aqsa-Moschee erschwert und dadurch immer mehr Kontrolle über das Plateau erlangt.“ In der *Süddeutschen Zeitung* hieß es: „Es mag nach einer kruden These klingen, dass Israel versucht, den Tempelberg Schritt für Schritt unter seine Kontrolle zu bringen, bis es allein entscheidet, wer wann hierher darf. Die Vorstellung aber passt perfekt in die Erfahrungswelt vieler Palästinenser.“

So rationalisierte man sich die Hysterie zurecht – und schon lagen Schuld und Verantwortung wieder beim jüdischen Staat. Dort gehören sie aber nicht hin, denn das Problem heißt: Antisemitismus. Und das nicht erst seit dem Juli dieses Jahres. Das palästinensisch-arabische Märchen von den Juden, die angeblich die Muslime vom Tempelberg vertreiben und die Al-Aksa-Moschee zerstören wollen, ist vielmehr ein ganz altes. Bereits in den 1920er Jahren hat es der Mufti von Jerusalem, Hadsch Amin el-Husseini, verbreitet – ein fanatischer Kollaborateur der Nationalsozialisten übrigens – und damit beispielsweise zum Massaker von Hebron im Jahr 1929 aufgehetzt. Seitdem wird es immer wieder aufgewärmt, wobei die Anlässe wahlweise nichtig oder sogar gänzlich frei erfunden sind. Mal heißt es, Israel wolle auf dem Tempelberg ein künstliches Erdbeben auslösen, mal sollen die dortigen archäologischen Grabungsarbeiten angeblich nur dazu dienen, die Al-Aksa-Moschee zum Einsturz zu bringen. Mal genügen ein paar betende Juden, um für gewaltsame Angriffe zu

sorgen, und mal eben ein paar Metalldetektoren, mit denen der Waffentransport auf den Tempelberg unterbunden werden soll.

Dabei gibt es nachweislich keinerlei Pläne der israelischen Regierung, am Status quo des Tempelbergs etwas zu ändern. Wer, wie die *Süddeutsche Zeitung*, trotzdem glaubt, es entspreche der „Erfahrungswelt vieler Palästinenser“, dass „Israel versucht, den Tempelberg Schritt für Schritt unter seine Kontrolle zu bringen, bis es allein entscheidet, wer wann hierher darf“, der leugnet die antisemitischen Motive der Ausschreitungen entweder – oder er teilt sie. Man stelle sich vor, jemand schriebe mit Blick auf das Jahr 1933: „Es mag nach einer kruden These klingen, dass die Juden versucht haben, die Welt Schritt für Schritt unter ihre Kontrolle zu bringen, bis sie allein entscheiden, was auf ihr geschieht. Die Vorstellung aber passte perfekt in die Erfahrungswelt vieler Deutscher.“ Eine solche Aussage würde man zu Recht mindestens eine Verharmlosung des Antisemitismus nennen, eher noch eine Kumpanei mit ihm. Geht es aber um Israel und die Palästinenser, sind derartige Sätze keine Seltenheit. Selbst wenn es offensichtlicher nicht sein könnte, dass die israelische Seite attackiert wird, erscheint sie regelmäßig als (eigentlicher) Täter oder zumindest als dominierender Akteur – oder der Angriff auf sie geht in einem nebulösen Begriff wie „Schießerei“ unter, und ihre Angehörigen werden nicht ermordet, sondern sterben einfach irgendwie.

Denn der jüdische Staat soll sich, wie bereits ausgeführt, eigentlich überhaupt nicht verteidigen, weder gegen die Raketenangriffe der Hamas noch gegen die Messerstecher. Genau das verweist auf einen wesentlichen Aspekt der „Israelkritik“, die partout kein Antisemitismus sein will: Juden haben wehrlos zu sein und sich in die ihnen zuge dachte Opferrolle zu fügen, nur so kommen sie in Deutschland in den Genuss von Solidarität. Begegnen sie dem Antisemitismus aber aktiv und nötigenfalls auch mit Waffengewalt – das heißt, widersetzen sie sich der Rolle, die hierzulande viele für sie vorgesehen haben –, dann sind sie Aggressoren, Landräuber, Besatzer, Kriegsverbrecher, Friedensfeinde, Kindermörder, Nazis. Mal wird dieses Vokabular ganz offen verwendet, mal aus Gründen des Distinktionsgewinns und des Zwangs zur Zurückhaltung nur sinngemäß. In der Dämonisierung und Delegitimierung, die der „Israelkritik“ innewohnt – der brachialen auf der Straße wie der wohlformulierten in den Redaktionsstuben –, kommt deren Sinn, Zweck und Antrieb zum Ausdruck: das Ausleben des antisemitischen Ressentiments in einer gesellschaftlich weithin akzeptierten Art und Weise. Denn es geht eben so gut wie nie nur um eine Kritik konkreter Maßnahmen der israelischen Regierung, sondern fast immer ums Ganze.

---

Beinahe nichts, was Israel tut, wird als legitim angesehen – und das bei Gegnern, die keinen Zweifel daran lassen, dass sie Juden hassen und deren Staat gerne den Garaus machen würden. Diesen Gegnern geht es übrigens auch keineswegs nur um die israelischen Siedlungen im Westjordanland. Sie betrachten vielmehr ganz Israel als eine einzige illegale jüdische Siedlung. **(Folie 17)** (*Hier Hinweis auf das Logo der Fatah.*) Das sollte man zumindest nicht vergessen, wenn es wieder einmal heißt, die israelische Siedlungspolitik sei das zentrale Hindernis für einen Frieden in Nahost. Wir können das gerne nachher in der Diskussion vertiefen. **(Folie 18 – Titel)**

### **Deutsche „Vergangenheitsbewältigung“**

Es stellt sich die Frage: Woher kommt das Bedürfnis nach „Israelkritik“ – längst nicht nur in den Medien, sondern auch in der Bevölkerung, wie die anfangs vorgestellten Umfragen ja gezeigt haben –, und inwieweit ist es in Deutschland besonders ausgeprägt und begründet? Nun, ein oft gehörtes „Argument“ für die „Israelkritik“ ist jenes, „gerade wir als Deutsche“ seien aufgrund „unserer Vergangenheit“ in besonderem Maße verpflichtet, die Stimme zu erheben. Es ist dies gewissermaßen die menschenrechtlich verbrämte Behauptung, die „Israelkritik“ sei die Konsequenz aus der deutschen Vergangenheit. Der Publizist Wolfgang Pohrt hat zu dieser Logik bereits vor mehr als 30 Jahren in bewusster polemischer Zuspitzung geschrieben: „Mit den Verbrechen, die Deutschland an den Juden und an der Menschheit beging, hat es sich eigenem Selbstverständnis gemäß das Vorrecht, die Auszeichnung und die Ehre erworben, fortan besondere Verantwortung zu tragen. Zwei angezettelte Weltkriege böten, so meint man weiter, die besten Startbedingungen, wenn es um den ersten Platz unter den Weltfriedensrichtern und Weltfriedensstiftern geht – frei nach der jesuitischen Devise, dass nur ein großer Sünder das Zeug zum großen Moralisten habe. Je schrecklicher die Sünde, desto tiefer die Buße und Reue, je tiefer die Buße und Reue, desto strahlender am Ende die moralische Überlegenheit.“ Eine moralische Überlegenheit, die in die Botschaft mündet: „Wir“ haben aus der Vergangenheit gelernt, während die Opfer respektive deren Kinder, die es doch aus eigener leidvoller Erfahrung besser wissen müssten, jetzt „unsere“ Methoden anwenden.

Diese Logik macht aus einem Vernichtungslager wie Auschwitz de facto eine Besserungsanstalt, denn ihr zufolge hätten die Juden aus ihrer eigenen Ermordung die Lehre

---

ziehen müssen, dass Gewalt immer schlimm und verwerflich ist. Dass die Konsequenz der Holocaust-Überlebenden und ihrer Nachkommen jedoch eine ganz andere war – nämlich die, den drei Jahre nach Auschwitz gegründeten jüdischen Staat zur Not auch bewaffnet gegen den Vernichtungsdrang der Antisemiten zu verteidigen –, das wollen viele Deutsche einfach nicht akzeptieren. Es fällt ihnen schwer zu verstehen, dass es Israel gibt, um den auf dieser Welt lebenden Juden ein Refugium zu bieten, das über alle staatlichen Mittel verfügt, um sich zu verteidigen, um also nicht mehr prospektives Opfer zu sein. Diese Einsicht ist aber nicht nur hierzulande schwer zu haben, wie sich daran zeigt, dass Israel seit seiner Proklamation unentwegt den Kriegen und Kriegsdrohungen seiner Nachbarn ausgesetzt war. Der Iran, die Hisbollah, die Hamas, der Islamische Jihad und andere antisemitische Rackets arbeiten seit Jahren fleißig daran, den jüdischen Staat eines Tages von der Landkarte radieren zu können. Verhandlungen mit dem „zionistischen Feind“ lehnen sie strikt ab; allenfalls ein taktischer und zeitlich begrenzter Waffenstillstand kommt in Frage. Die Geschichte hat gezeigt, dass man die Ankündigungen von Judenfeinden ernst nehmen muss. Und worüber sollte Israel auch mit ihnen verhandeln? Etwa über die Modalitäten des eigenen Untergangs?

Das mit den „Lehren aus der Geschichte“ hat für die deutschen „Israelkritiker“ aber noch eine weitere Bewandnis: Wenn die Juden die neuen Nazis sind und die Palästinenser die neuen Juden – also sozusagen die „Opfer der Opfer“, wie es gelegentlich heißt –, dann war Auschwitz doch nur ein Betriebsunfall und jedenfalls nicht einzigartig. Könnte es sein, dass so mancher, der um die toten Juden trauert, dies tut, um desto härter mit jenen *lebenden* Juden ins Gericht gehen zu können, die Israel mit Worten und Taten verteidigen? Und könnte es sein, dass die Gedenkpolitik manchmal gar nicht in erster Linie dem Gedenken gilt – und auch nicht denjenigen, derer gedacht werden soll?

Ein weithin sichtbares Insigne dafür ist das Holocaust-Mahnmal in Berlin, eine Touristenattraktion, zu der man „gerne hinget“, wie es Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder so unnachahmlich formulierte. Zum fünften Jahrestag der Einweihung dieses größten Gedenkmonuments der Welt – das es ohne den größten Massenmord der Geschichte gar nicht gäbe – wurde ein „Bürgerfest“ veranstaltet, auf dem unter anderem der Historiker Eberhard Jäckel eine Rede hielt. „In anderen Ländern beneiden manche die Deutschen um dieses Denkmal“, sagte er mit hörbarem Stolz in der Stimme. „Wir können wieder aufrecht gehen, weil wir aufrichtig bewahren. Das ist der Sinn des Denkmals, und das feiern wir.“ Folgt man der bemerkenswerten Logik eines ihrer bekanntesten Historiker, dann hat der Holocaust also

---

in der Konsequenz für Eifersucht im Rest der Welt gesorgt, wo man keine Massenvernichtung ins Werk gesetzt hat und heute deshalb nicht mit einem solch epochalen Bauwerk aufwarten kann. Und noch etwas hat Jäckel deutlich gemacht: Der Sinn des Monuments ist es, dass die Deutschen wieder aufrecht gehen können. Gebückt gegangen sind sie zwar nie, das ist auch so ein Mythos, den man selbst erfunden hat. Aber mit dem Mahnmal im Rücken heißt es nun: Brust raus! Sie haben sich also selbst ein Denkmal gesetzt, gewissermaßen als Lohn für ihre „Vergangenheitsbewältigung“. Um die Juden ging es dabei weniger.

Jetzt mag man vielleicht einwenden, dass es da doch den Herrn Höcke von der ja keineswegs unbedeutenden AfD gibt, der kürzlich in einer Brandrede von einem „Denkmal der Schande“ sprach – und damit übrigens sehr nahe an dem bereits zitierten Martin Walser war, der bekanntlich die „Dauerpräsentation unserer Schande“ beklagte. Höcke will seinen Nationalstolz also nicht mit der „Vergangenheitsbewältigung“ begründen, die er „Schuld kult“ nennt, sondern lieber mit der Erfindung des Buchdrucks. Er steht für den klassischen, rechten deutschen Nationalismus, der selbstverständlich nie tot war, sich aber bei der Rehabilitierung der Bezugsgröße „deutsche Nation“ zunehmend als hinderlich erwies, weil seine Nähe zum Nationalsozialismus allzu offensichtlich war. Den Widerspruch gegen Höcke zeichnete deshalb auch nicht zuletzt die Empörung darüber aus, dass da einer das Erfolgsmodell „Vergangenheitsbewältigung“ infrage stellt, ja, in Gefahr zu bringen droht.

Es ist diese „Vergangenheitsbewältigung“, die als moralische Ermächtigung dient, um Israel mit unheilbar gutem Gewissen für so ziemlich jedes Unheil im Nahen Osten verantwortlich zu machen. Als sich beispielsweise die israelische Armee und jüdisch-israelische Siedler noch im Gazastreifen aufhielten, galten sie als Besatzer. Als sie sich 2005 zurückzogen, intensivierten palästinensische Terrorgruppen zum Dank ihren Raketenbeschuss, woraufhin Israel die Grenzkontrollen verschärfte – und sich fortan dem Vorwurf ausgesetzt sah, „das größte Gefängnis der Welt“ errichtet zu haben. Lässt der jüdische Staat die Angriffe der Hamas über sich ergehen, schlagzeilt der „Focus“: „Weiter Raketen auf Israel, aber Waffenruhe hält vorerst“ – so geschehen im November 2012. Kündigt er aber Gegenschläge an, dann titelt dasselbe Blatt: „Israel droht mit Selbstverteidigung.“ Und wehrt er sich gar, dann handelt er den „Israelkritikern“ zufolge stets „unverhältnismäßig“ oder „alttestamentarisch“, befördert die „Gewaltspirale“ oder begeht gar ein „Massaker“. Kurzum: Gleich, was Israel unternimmt, seine Gegner und Feinde sehen darin immer nur weitere Belege für seine abgrundtiefe Bösartigkeit.

---

Oder, um es mit den Worten Henryk M. Broders zu sagen, die er im Juni 2008 vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages sprach (und man muss mit Broder gewiss nicht immer einer Meinung sein, aber wenn er sich über den Antisemitismus äußert, hat er oft ganz einfach Recht): „Der moderne Antisemit findet den ordinären Antisemitismus schrecklich, bekennt sich aber ganz unbefangen zum Antizionismus, dankbar für die Möglichkeit, seine Ressentiments in einer politisch korrekten Form auszuleben. Denn auch der Antizionismus ist ein Ressentiment, wie der klassische Antisemitismus es war. Der Antizionist hat die gleiche Einstellung zu Israel wie der Antisemit zum Juden. Er stört sich nicht daran, was Israel macht oder unterlässt, sondern daran, dass es Israel gibt. Und deswegen beteiligt er sich so leidenschaftlich an Debatten über eine Lösung der Palästina-Frage, die für Israel eine Endlösung bedeuten könnte. Antisemitismus und Antizionismus sind zwei Seiten derselben Münze. War der Antisemit davon überzeugt, dass nicht er, der Antisemit, sondern der Jude am Antisemitismus schuld ist, so ist der Antizionist heute davon überzeugt, dass Israel nicht nur für die Leiden der Palästinenser, sondern auch dafür verantwortlich ist, was es selbst erleiden muss. Der moderne Antisemit verehrt Juden, die seit 60 Jahren tot sind, nimmt es aber lebenden Juden übel, wenn sie sich zur Wehr setzen. Der Antisemit nimmt dem Juden prinzipiell *alles* übel, auch das Gegenteil.“